

CH_VB 92.077 vom 6. Oktober 1992

Bundesverwaltung, 1992-10-06, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_92.077

FR: CH_VB 92.077 du 6 octobre 1992

IT: CH_VB 92.077 del 6 ottobre 1992

Erwägungen

E. 6

Oktober 1992 N 1985 Sprachliche Gleichbehandlung Motion d'ordre Maspoli Traiter l'objet en catégorie III Abstimmung - Vote Für den Ordnungsantrag Maspoli Dagegen Minderheit offensichtliche Mehrheit Herr Rebeaud unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht: Gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 GVG unterbreiten wir Ihnen einen Bericht betreffend die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache und den Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung über die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache. Wir beantragen Ihnen, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen. Damit kann: a im Deutschen die Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzessprache nach den Grundsätzen der kreativen Lösung schrittweise verwirklicht werden (jedoch ohne Verwendung des grossen «l» im Wortinnern) ; b. im Französischen und im Italienischen die Möglichkeit vorbehalten werden, auf die Einführung der kreativen Lösung zu verzichten, zumal die sinngemässe Übereinstimmung aller drei Sprachen gewährleistet ist Einleitung 1. Auftrag Der Auftrag der Redaktionskommission (nachfolgend Kommission), sich mit der Frage der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter zu befassen, ist abzuleiten aus: a Artikel 31 Absatz 1 GVG (allgemeiner Auftrag der Kommission); b. der Detailberatung des Urheberrechtsgesetzes (84.064) im Nationalrat (AB 1992 N 14), anlässlich welcher der Kommission der Auftrag erteilt wurde, bei diesem Gesetz die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter zu prüfen. 2. Anlass Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist seit 1981 in Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung rechtlich verankert. In bezug auf die tatsächliche Gleichstellung stellt sich unter anderem die Frage des Sprachgebrauchs. Sollen beide Geschlechter in der Sprache - und für die Kommission beschränkt sich die Frage auf die Gesetzessprache - gleich behandelt werden? Wie soll gegebenenfalls diese Gleichbehandlung in die Sprache umgesetzt werden? Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 26. Februar 1986 über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau» (BB1986 11144ff.) diesem Problem Rechnung getragen: «... Aus diesen Gründen erscheint es angezeigt, all jene Erlasse, die für Männer und Frauen in gleicher Weise gelten, wenn möglich so zu fassen, dass die Geschlechter auch in sprachlicher Hinsicht gleich behandelt werden...» Der Bundesrat kündigte an, die sprachliche Bereinigung jeweils dann vornehmen zu wollen, wenn der entsprechende Erlass auch aus materiellen Gründen geändert werden müsse. Zudem stellte er in Aussicht, in die Richtlinien der Gesetzestechnik des Bundes Anleitungen für eine an beide Geschlechter gerichtete Sprache aufzunehmen. Zu erwähnen ist ferner die Motion 85.947. Gurtner Barbara (Diskriminierung der Frau in der Amtssprache). Bundesverwaltungsinterne Arbeiten 1. Bericht der interdépartemental Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung zur Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache Im

Frühling 1988 setzte die Bundeskanzlei eine interdépartementale Arbeitsgruppe ein. Diese erhielt den «Auftrag, rechtliche und linguistische Fragen im Zusammenhang mit der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter zu klären und im Sinne der erwähnten Stellungnahmen des Bundesrates bzw. des Bundeskanzlers zu den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen Vorschläge für eine Vorschriften- und Verwaltungssprache auszuarbeiten, die sich an beide Geschlechter gleichermaßen richtet». (Bericht S. 11) Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe erschien im Juni 1991. Bundeskanzlei und Bundesrat haben bislang zum Bericht noch nicht Stellung genommen.

2. Möglichkeiten der sprachlichen Gleichbehandlung

In bezug auf die Möglichkeiten der sprachlichen Gleichbehandlung in der Vorschriftensprache hat die Arbeitsgruppe mögliche Lösungen anhand folgender Beurteilungskriterien geprüft: - sprachliche Gleichbehandlung, - Rechtssicherheit, - Verständlichkeit, - Rechtssprachlichkeit

Ueberprüft wurden folgende Lösungsansätze: - Legaldefinitionen, - Paarbildung, - Geschlechtsneutralisation/Abstraktion, - kreative Lösung (Kombination aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten). In ihrer Würdigung der Möglichkeiten der sprachlichen Gleichbehandlung kommt die interdépartementale Arbeitsgruppe zu folgendem Schluss (Berichts. 52/53): «Unsere Präsentation der verschiedenen Möglichkeiten zur sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter hat gezeigt, dass die ausschliessliche Verwendung von Paarformen einerseits oder von geschlechtsneutralen und geschlechtsabstrakten Formulierungen andererseits schnell an sprachliche Grenzen stösst, während sich mit der freien Kombination der beiden Ansätze überzeugende Ergebnisse erzielen lassen, wenn zusätzlich eine gewisse redaktionelle Freiheit besteht»

Erwägungen der Kommission

1. Behandlung in der Kommission

Die Kommission hat am 29. Januar 1992 als Plenarkommission getagt

Auf Antrag der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat sie an dieser Sitzung die Frage geprüft, ob die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache auf die Bundesbeschlüsse über die Hochschulförderungskredite 1992-1995 (91.040) anzuwenden sei oder nicht

Da eine Aemterkonsultation zum Entwurf einer Verordnung über die Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache damals noch im Gange war, beschloss die Plenarkommission, vorläufig noch an ihrer bisherigen Praxis festzuhalten und das Problem an einer speziellen Sitzung zu behandeln. Es erschien der Kommission nicht opportun, vor einem Grundsatzentscheid Zeichen zu setzen, obwohl in einzelnen Erlassen Ausnahmen gemacht worden sind. An ihrer Plenarsitzung vom 24. Juni 1992 hörte die Kommission Frau Nationalrätin Angeline Fankhauser als Vertreterin der Parlamentarierinnen sowie Frau Claudia Kaufmann, Leiterin des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EDI), an. An dieser Sitzung waren auch die Zentralen Sprachdienste der Bundeskanzlei vertreten. Am 12. und 18. August und am

E. 10

September hat die Kommission den Berichtsentwurf beraten, der der Plenarkommission am 22. September 1992 zur Genehmigung unterbreitet wurde.

2. Würdigung

Die Kommission betont, dass ihr Auftrag sich auf die Redaktion von Erlassen der Bundesversammlung beschränkt und sich nicht auf die Verwaltungssprache erstreckt

Gleichwohl dürfte der Beschluss des Parlamentes in dieser Sache einen bedeutenden Einfluss auf die Verwaltungssprache sowie auf die Praxis vieler Kantone haben, welche auf einen Entscheid des eidgenössischen Parlamentes warten. Die sogenannte kreative Lösung - eine Kombination von Paarbildung (Voll- und Sparform), von Geschlechtsneutralisation und -abstraktion sowie mit der Möglichkeit zu Umformulierungen - ist im Bericht der

interdépartemental Arbeitsgruppe (S. 49ff.) eingehend beschrieben. Die Kommission lehnt Le- galdefinitionen, Paarformen und Geschlechtsneutralisation/ -abstraktion als ausschliessliche Umsetzungsmöglichkeiten ab. Die Texte sollen so formuliert werden, dass sie Frauen und Männer in gleicher Weise ansprechen. Die besten Ergebnisse lassen sich erzielen, wenn die Grundsätze der sprachlichen

Formulation non sexiste 1986 N 6 octobre 1992 Gleichbehandlung bereits bei der Konzeption von Texten be- rücksichtigt und alle drei Möglichkeiten in sinnvoller Weise miteinander kombiniert werden. Die Wahl der sprachlichen Mittel soll sich im Einzelfall an den Kriterien der Gleichbehand- lung, der Rechtssicherheit und der Verständlichkeit orien- tieren. Die kreative Lösung hat zur Konsequenz, dass auf den Ge- brauch des sogenannten generischen Maskulinums (männli- che Form zur Bezeichnung beider Geschlechter) zugunsten einer flexiblen Kombination von Paarbildung, Geschlechts- neutralisation und -abstraktion soweit tunlich verzichtet wird. Nach der kreativen Lösung kann man z. B. in französischer Sprache nicht mehr von «le chef» sprechen, sondern muss z. B. «le chef ou la cheffe» sagen; ebensowenig ist in deut- scher Sprache der Ausdruck «der Richter» statthaft; statt des- sen muss man z. B. auf den Ausdruck «das Gericht» auswei- chen oder Paarformen («die Richterin bzw. der Richter») ge- brauchen. Zur Umgehung der Nachteile der jeweiligen Einzellösungen lässt die kreative Lösung auch Umformulierungen zu: So kann etwa aus dem Satz «Die Ausrichtung der Kinderzulage obliegt dem Arbeitgeber/der den Lohn schuldenden Person» folgen- der Satz entstehen: «Die Kinderzulage wird mit dem Lohn aus- gerichtet». Es stellt sich die Frage, ob bei Umformulierungen nicht der Sinn - wenn auch nur in Nuancen - geändert wird. Die kreative Lösung schliesst einen gelegentlichen Gebrauch des generischen Maskulinums nicht aus (wenn der Gebrauch von Paarbildung oder Geschlechtsneutralisation und -ab- straktion sich als unelegant oder nicht geeignet erweist, oder z. B. bei Substantiven, welche beide Geschlechter bezeich- nen). Diese Annahme muss in der Praxis überprüft werden, denn sie führt zu einem Problem in bezug auf die Logik: Wenn männliche Bezeichnungen einmal Personen männlichen Ge- schlechts und ein anderes Mal Personen beider Geschlechter bezeichnen, könnte dies in einzelnen Fällen zu Auslegungs- schwierigkeiten führen. Die Kommission tritt für eine möglichst weitgehende Befol- gung der Grundsätze der sprachlichen Gleichbehandlung in der Gesetzessprache ein. Es scheint, dass sich die kreative Lösung im Deutschen verwirklichen lässt, ihre Umsetzung aber im Französischen und Italienischen zu unüberwindbaren Schwierigkeiten führt. Nach Meinung der Kommission kann die kreative Lösung im Deutschen auch dann verwirklicht wer- den, wenn sie im Französischen und im Italienischen nicht an- gewandt wird. Solche Unterschiede sind durchaus zulässig. In seinem Rechtsgutachten vom 23. Juni 1992, das er im Auftrag der Kommission erstellt hat, bejaht Professor Jean-François Au- bert die Möglichkeit einer unterschiedlichen Behandlung der Geschlechter in den einzelnen Sprachen: Die in Artikel 32 Ab- satz 1 GVG geforderte «Uebereinstimmung» der Texte in den drei Amtssprachen bezieht sich nicht auf die grammatische Form, sondern auf den Sinn der Bestimmungen. So würde es beispielsweise genügen, ein für allemal zu erklären, dass die Ausdrücke im generischen Maskulinum im Französischen (z. B. «le fonctionnaire») und die Paarbildungen im Deutschen (z. B. «Die Beamtin oder der Beamte») jeweils dieselben Rechtssubjekte bezeichnen. Die Beibehaltung des generischen Maskulinums im Französi- schen und im Italienischen hat keinerlei Einfluss auf die Bil- dung weiblicher Amts- und Berufsbezeichnungen. Im wei- teren ist es durchaus möglich, Absurditäten in der Gesetzes- sprache auch mit anderen Mitteln als der kreativen Lösung zu begegnen und häufiger

neutrale Formulierungen zu gebrauchen (Verwendung des Ausdrucks «Person», Ersatz von «der- jenige, der» durch «wer»). Die Anwendung solcher Mittel führt zwar nicht zur sprachlichen Gleichbehandlung, aber doch zu einer Gesetzessprache, die weniger stark männlich geprägt ist.

3. Das Urheberrechtsgesetz (URG) als Anwendungsbeispiel Im Anhang legt die Kommission für die deutsche Fassung des URG zwei Varianten vor: Variante I ist nach der kreativen Lösung redigiert, Variante II nach der gegenwärtigen Praxis. Wenn beide Räte dem vorliegenden Bericht zustimmen, wird die Variante I der Redaktionskommission zur Schlussabstimmung vom 9. Oktober 1992 vorgelegt, wenn ein Rat den Bericht in ablehnendem Sinne zur Kenntnis nimmt, gelangt Variante II zur Schlussabstimmung.

4. Vorgehen Die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache wird bei neuen Gesetzen sowie bei Totalrevisionen bereits bestehender Gesetze zur Anwendung gelangen. Letztere werden nicht auf systematische Weise im Sinne der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter angepasst Um die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhang dieser Gesetze zu gewährleisten, sind auch bei Teilrevisionen entsprechende Änderungen zu vermeiden.

M. Rebeaud présente au nom de la commission le rapport écrit suivant: Nous fondant sur l'article 32,2e alinéa, LREC, nous vous présentons le rapport suivant consacré à la formulation non sexiste des textes législatifs ainsi que le rapport du groupe de travail interdépartemental de la Confédération concernant la formulation non sexiste des textes législatifs et administratifs. Nous vous proposons de prendre connaissance du rapport en l'approuvant, ce qui signifie: a qu'en allemand la formulation non sexiste dans la langue législative peut être progressivement mise en oeuvre selon les principes de la solution dite créative (sans cependant avoir recours au «I» majuscule à l'intérieur des mots); b. que la possibilité de renoncer à la mise en oeuvre de la solution dite créative est réservée pour le français et l'italien, la correspondance du sens dans les trois langues étant assurée.

Introduction 1. Mandat Le mandat de la Commission de rédaction (ci-après commission) de traiter la question de la rédaction non sexiste des textes législatifs découle: a du mandat général qui lui est conféré par l'article 31, 1er alinéa, LREC; b. de la discussion de détail au Conseil national sur le projet de loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins (84.064) à l'occasion duquel mandat a été donné à la commission d'examiner la question de la formulation non sexiste pour ce même projet de loi (BO 1992 N 14 pour la discussion de détail).

2. Situation initiale L'égalité des droits entre hommes et femmes figure depuis 1981 à l'article 4, 2e alinéa, de la constitution. S'agissant des applications pratiques, il y a lieu, entre autres, d'envisager la question de l'usage linguistique: les deux sexes doivent-ils faire l'objet du même traitement - en l'occurrence, le mandat de la commission se limite-t-il à la langue législative? Si oui, comment ce traitement doit-il être concrétisé dans la langue? Dans son rapport du 26 février 1986 sur le programme législatif «Egalité des droits entre hommes et femmes» (FF 1986, II, 1132 et ss), le Conseil fédéral a tenu compte de ce problème: «Ainsi, dans tous les actes législatifs applicables indifféremment aux hommes et aux femmes, il paraît judicieux d'opter, dans la mesure du possible, pour une terminologie qui, elle non plus, ne fasse pas de différence entre les sexes.» Le Conseil fédéral a annoncé vouloir procéder aux adaptations linguistiques appropriées à l'occasion des modifications de fond des textes législatifs. En outre, il a exprimé ses intentions d'introduire dans les directives de technique législative fédérale des indications relatives à un traitement linguistique non sexiste. Par ailleurs, il y a lieu de renvoyer à l'intervention parlementaire suivante: motion 85.947 - Gurtner Barbara (Discrimination de la femme dans la terminologie officielle).

Activités déployées au sein de l'administration 1. Rapport du

groupe de travail interdépartemental de l'Administration fédérale concernant la formulation non sexiste des actes législatifs et administratifs Au printemps 1988, la Chancellerie fédérale a institué un groupe de travail interdépartemental (ci-après groupe de tra-

6. Oktober 1992 N 1987 Sprachliche Gleichbehandlung vaii) doté du mandat suivant: «élaborer des propositions en matière de formulation non sexiste des textes législatifs et administratifs, conformes aux avis déjà mentionnés, rendus par le Conseil fédéral et le chancelier de la Confédération, en réponse à diverses interventions parlementaires» (rapport, p. 11). Le rapport définitif du groupe de travail a été publié en juin 1991. La Chancellerie fédérale et le Conseil fédéral n'ont jusqu'à présent pas pris position sur le rapport final.

2. Possibilités de la formulation non sexiste En matière de langue législative et administrative, le groupe de travail a envisagé les solutions possibles en fonction des critères d'appréciation suivants: - formulation non sexiste, - sécurité du droit, - intelligibilité, - conformité avec le langage juridique. Les solutions suivantes ont été examinées: - définitions légales, - version du doublet intégral, - neutralisation et élimination de la notion de sexe, - solution créative (combinaison des possibilités existantes). Dans son appréciation des diverses possibilités de formulation non sexiste, le groupe de travail parvient à la conclusion suivante (rapport, p. 53 et ss): «Notre exposé des diverses possibilités de réaliser la formulation non sexiste a montré que l'utilisation exclusive de doublets, d'une part, de formulation neutre ou sans référence à la notion de sexe, d'autre part, bute rapidement sur des limites d'ordre linguistique, tandis que la libre combinaison des deux approches permet d'obtenir des résultats convaincants, à condition de disposer, de surcroît, d'une liberté rédactionnelle suffisante.».

Considérations de la commission 1. Traitement par la commission La commission s'est réunie en séance plénière, le 29 janvier 1992. A la demande de la Commission de la culture et de l'éducation du Conseil national, commission chargée de l'examen préalable des arrêtés fédéraux sur les crédits d'aide aux universités (91.040 n), la commission a inscrit cet objet à l'ordre du jour de sa séance du 29 janvier, de façon à examiner l'opportunité d'une formulation non sexiste applicable à ces arrêtés. Du moment qu'une procédure de consultation pour l'élaboration d'un projet d'ordonnance destiné à régler la question de la formulation non sexiste des textes législatifs et administratifs était en cours auprès des offices de l'Administration fédérale, la commission a décidé d'en rester provisoirement à sa pratique actuelle et d'organiser une séance spécialement consacrée à la question. La commission a jugé qu'il n'était pas opportun de donner des signes permettant de conclure à une prise de position déterminée, avant qu'une décision de principe ne soit prise et ce malgré certaines exceptions consenties dans des cas particuliers de rédaction législative. Lors de sa séance plénière du 24 juin 1992, la commission a entendu Mme A. Fankhauser, conseillère nationale, C. Kaufmann, Bureau de l'égalité entre hommes et femmes (Département fédéral de l'intérieur), ainsi que les représentants des services linguistiques centraux de la Chancellerie fédérale. Les 12, 20 août et 10 septembre 1992, la commission a traité la question de la formulation non sexiste et le projet de rapport que la commission réunie en séance plénière a approuvé le 22 septembre 1992.

2. Appréciation II y a lieu d'insister sur le fait que le mandat de la commission est exclusivement limité à la rédaction des textes législatifs de l'Assemblée fédérale (lois et arrêtés fédéraux) et ne s'étend pas à la langue administrative, par exemple. Cela dit, la décision que le Parlement sera amené à prendre en la matière aura une incidence considérable sur la rédaction de textes administratifs ainsi que sur la pratique de nombreux cantons qui attendent que les conseils législatifs se déterminent à ce sujet Les

textes doivent être formulés de manière à ce que les femmes et les hommes se sentent également concernés. C'est en appliquant les principes de formulation non sexiste déjà lors de la conception des textes et en combinant judicieusement les trois possibilités à disposition que l'on obtient les meilleurs résultats. Le choix du moyen linguistique doit, dans chaque cas d'espèce, être opéré en fonction des critères de l'égalité de traitement, de la sécurité du droit et de l'intelligibilité. La solution dite créative suppose que, pour autant que cela soit réalisable, l'on renonce à l'emploi du masculin générique (nom masculin désignant des individus des deux sexes), au profit d'une combinaison souple de formes appelées neutres ou de doublets. Ainsi, on ne dira plus «le chef», mais: «le chef ou la cheffe»; de même en allemand, on ne dira plus: «der Richter», mais par exemple «das Gericht» ou on aura recours au doublet («die RichterIn beziehungsweise der Richter»). La solution dite créative permet d'avoir recours à une formulation différente (emploi du passif, par exemple) pour éviter les inconvénients des autres solutions décrites dans le rapport: «Die Ausrichtung der Kinderzulage obliegt dem Arbeitgeber/le versement de l'allocation pour enfants incombe à l'employeur» - «Die Kinderzulage wird mit dem Lohn ausgerichtet/l'allocation pour enfants est versée avec le salaire». Il n'est pas exclu que la solution dite créative permette l'utilisation occasionnelle de masculins génériques (lorsque l'emploi de doublets ou de formes appelées neutres se révèle inélegant ou malcommode, ou en présence de substantifs épiciques, par exemple). Il y a lieu de vérifier cette supposition dans la pratique, car elle pose un problème logique: si des termes masculins désignent tantôt des personnes de sexe masculin, tantôt des personnes des deux sexes, cela risque de soulever, dans certains cas, des difficultés d'interprétation. La commission est d'avis que l'exigence de rédiger les lois de manière non sexiste doit être satisfaite dans toute la mesure possible. Il apparaît que la solution dite créative est applicable en allemand, mais qu'elle pose, en l'état, des problèmes insurmontables en italien et en français. Pour cette raison, la commission estime que la solution dite créative doit pouvoir être mise en oeuvre en langue allemande, même si ce n'est pas le cas en français et en italien. Un traitement différencié selon les langues est admissible: ainsi que l'indique le professeur Jean-François Aubert dans son avis, sollicité par la commission, du 23 juin 1992, la «concordance» entre les trois langues, exigée par l'article 32 alinéa premier LREC, ne s'applique pas aux formes grammaticales, mais aux significations. Il suffirait, par exemple, d'indiquer une fois pour toutes que lorsque le français dit «le fonctionnaire» (masculin générique) et que l'allemand dit «die Beamtin oder der Beamte» (doublet), l'un et l'autre désignent les mêmes sujets de droit. A noter qu'un refus de supprimer le masculin générique en italien et en français n'a aucune incidence sur la féminisation des noms de professions ou de charges publiques. En outre, il reste possible, dans la législation, de combattre les absurdités par d'autres moyens que la solution dite créative et d'utiliser plus fréquemment des formes non masculines («quiconque» au lieu de «celui qui», ou «la personne»). Cela ne permet pas de réaliser une formulation non sexiste, mais de réduire quelque peu la prépondérance du genre masculin.

3. La loi sur le droit d'auteur (LDA) comme exemple pratique En annexe, la commission présente, pour le texte allemand de la LDA deux variantes: variante I - solution dite créative, variante II - pratique actuelle. Si les deux conseils approuvent le présent rapport, la variante I de la Commission de rédaction constitue la proposition pour le vote final du 9 octobre 1992; si l'un des conseils ou les deux en prennent connaissance en le désapprouvant, c'est la variante II qui constitue la proposition pour ce même vote final.

4. Mise en oeuvre La formulation non sexiste des textes législatifs s'appliquera aux lois nouvelles ou aux lois faisant l'objet d'une révision totale. On n'entreprendra aucune

modification systématique des lois anciennes pour y introduire des formulations non sexistes lors de la révision partielle d'anciennes lois, afin de maintenir l'homogénéité et la cohérence de ces lois. Antrag der Kommission Vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis nehmen

Assurance-maladie. Augmentation des coûts 1988 N 6 octobre 1992 Antrag Maspoli Vom Bericht in ablehnendem Sinne Kenntnis nehmen Schriftliche Begründung Durch die Einführung der im Bericht vorgesehenen Neuerungen wird die Gesetzessprache undeutlicher und dadurch -für den Normalbürger - um einiges unverständlicher, als dies heute der Fall ist In diesem Sinne haben die im Bericht aufgeführten Beispiele eine äusserst abschreckende Wirkung erzielt Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist durchaus anzustreben, doch wage ich es zu bezweifeln, dass solch sinnlose Uebungen zum Erfolg führen werden. Proposition de la commission Prendre acte du rapport en l'approuvant Proposition Maspoli Prendre acte du rapport en le désapprouvant Abstimmung - Vote Fürden Antrag der Kommission 65 Stimmen Fürden Antrag Maspoli 37 Stimmen An den Ständerat-Au Conseil des Etats #ST# 92.022 Schweizerische Landesbibliothek. Reorganisation Bibliothèque nationale suisse. Réorganisation Différences - Divergences Siehe Seite 812 hiavor - Voir page 812 ci-devant Beschluss des Ständerates vom 1. Oktober 1992 Décision du Conseil des Etats du 1er octobre 1992 Herr Etique unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht: Am 4. Juni 1992 hat der Nationalrat als Erstrat der Vorlage des Bundesrates zur Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerische Landesbibliothek zugestimmt Am 1. Oktober 1992 ist ihm der Ständerat gefolgt, hat jedoch verschiedene Änderungen vorgenommen; sie betreffen die Artikel 2 bis 4 und 11 und 12 (siehe Fahne). Artikel 2: Die Version des Ständerates beinhaltet eine sprachliche Neufassung des deutschen Textes, d. h. eine Angleichung der deutschen an die französische Fassung. Artikel 3 und 4: Der Ständerat hat auch hier keine materielle Änderung vorgenommen, diese beiden Artikel jedoch aufgliedert und entflochten: Artikel 3 enthält die Definition des Sammelauftrages, Artikel 4 dessen Umschreibung. Die Kommission des Nationalrates stimmt dieser Neufassung zu, hält jedoch fest, dass in Artikel 4 nur der Sammelauftrag neu umschrieben wird, dass jedoch keine Kompetenzverschiebung vorgenommen wird. Die Redaktionskommission wird ersucht, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und u. a den Titel von Artikel 4 besser auf den Inhalt abzustimmen. Bei Artikel 11 und 12 handelt es sich wiederum um Änderungen redaktioneller Art M. Etique présente au nom de la commission le rapport écrit suivant: Le Conseil national, qui avait la priorité, a approuvé le projet du Conseil fédéral concernant la révision de la loi fédérale sur la Bibliothèque nationale le 4 juin 1992. En date du 1er octobre 1992, le Conseil des Etats l'a suivi, mais a cependant apporté quelques modifications, qui touchent les articles 2 à 4 et 11 et

E. 12

Séance Seduta Geschäftsnummer 92.077 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 06.10.1992 - 08:00 Date Data Seite 1984-1988 Page Pagina Ref. No 20 021 644 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.